



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 28.05.2010

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	IX. WP/48. Sitzung -
Datum	Donnerstag, den 20.05.2010
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	17:59 Uhr
Ort	Sitzungsraum 201, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Vorsitzender

Konrad Dörner, Bad Nauheim

Mitglieder

Marc Dieruff, Friedberg
Armin Häuser, Bad Nauheim
Oliver Hampel, Gedern
Peter Heidt, Bad Nauheim
Helmut Jung, Nidda
Alexander Kartmann, Butzbach
Irmtraud Köhler, Gedern i. V. für Ekkehard Kehm
Stefan Lux, Florstadt
Michael Rückl, Wölfersheim
Gerhard Weber, i. V. für Karl-Heinz Schneider
Almut Wilser, Bad Nauheim

Stellv. KTV/Kreisausschuss

Sabine Ergün, Friedberg
Bardo Bayer, Rockenberg
Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg
Rosa Maria Bey, Friedberg
Ottmar Lich, Rabenau
Walter Pöllmann, Nidda
Astrid Triesch, Büdingen
Oswin Veith, Butzbach

Schriftführerin

Julia Pilz

Von der Verwaltung

Tanja Arand, FD Finanzen
Sabine Bach, FD Finanzen
Andreas Becker, stellvertr. Leiter FD Finanzen
Michael Elsaß FDL Kundenservice und Kommunikation
Erwin Jahn, Personalratsvorsitzender
Herr Janz, Eurest
Ingrid Kellner, Leiterin des FD Personal
Frank Neubauer, Betriebsleiter EGW

Vertreter weiterer Fraktionen

Volker Sachs Sitzungsgast
Klaus Fischer Sitzungsgast

Gäste

Günter Sedlak, Sparkasse Oberhessen
Michael Rüb, Sparkasse Oberhessen
Detlev Brechtel, Bgm. Rosbach v. d. H.

Es fehlten entschuldigt

Ekkehard Kehm
Karl-Heinz Schneider
Joachim Arnold

Ausschussvorsitzender Konrad Dörner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt insbesondere die anwesenden Vertreter der Sparkasse Oberhessen, Herrn Sedlak und Herrn Rüb sowie den Bürgermeister der Stadt Rosbach v. d. H., Detlev Brechtel.

Er teilt mit, dass eine zweite Einladung mit verkürzter Ladefrist versandt wurde, da zwischenzeitlich die Genehmigungsverfügung des RP eingegangen war. Diese wurde zusätzlich auf die Tagesordnung genommen, da vom RP eine Befassung des Kreistages bis zum 26.05.2010 gefordert worden war.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird eine vom Kreisausschuss abgelehnte Sitzungsvorlage verteilt. Kreisbeigeordneter Ottmar Lich wird unter Top 6 hierzu berichten.

Außerdem wird der SIP-Standardbericht zu Top 4 verteilt. Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Betriebsleiter Frank Neubauer hierzu berichten.

Gegen die Tagesordnung in der vorgelegten Form erhebt sich kein Widerspruch.

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird eine Übersicht des Fachdienstes Finanzen vom 26.04.2010 bezüglich der vorläufigen Ergebnisrechnung verteilt und von KB Lich erläutert.

Der Abgeordnete Armin Häuser (CDU) erkundigt sich nach dem Stand der Eröffnungsbilanz. Hierzu teilt KB Lich mit, dass diese derzeit vom Fachdienst Revision geprüft werde.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

TOP 2

Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.03.2010 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3

Anfragen an die Fachdezernenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) mit, dass er davon ausgehe, dass die Angelegenheit des Landratswiderspruches und des Beschlusses zu Top 8 c der Kreistagssitzung vom 10.03.2010 im Rahmen der Kreistagssitzung am 26.05.2010 geklärt werden könne.

Im Anschluss erkundigt er sich weiter nach den Gründen für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 28 „Bau von zwei zusätzlichen Klassenräumen am Georg-Büchner-Gymnasium in Bad Vilbel“ (Drucksachen-Nr. 2010-3357) auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 26.05.2010. Er weist darauf hin, dass die Aufnahme „ohne Aussprache“ auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung ohne vorherige Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgte.

Hierzu verweist der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner auf die Beratungen der Tagesordnung im Ältestenrat und bittet die dort Anwesenden um Mitteilung der hierzu erfolgten Beratungen.

EKB Veith teilt mit, dass dieses Vorgehen im Ältestenrat einstimmig so beschlossen wurde, um bei der Umsetzung Zeit zu sparen. Dies wird vom Abg. Klaus Fischer (Die Linke) bestätigt.

Anschließend weist der Ausschussvorsitzende daraufhin, dass dieses Vorgehen dennoch die Ausnahme bleiben sollte.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) erläutert einen, der Presse zu entnehmenden Beschluss des Kreisausschusses, zur Gewinnabführung der Eigenbetriebe an den Wetteraukreis. Er erkundigt sich nach den Gründen warum dieser Beschluss erst jetzt gefasst worden ist.

KB Lich teilt hierzu mit, dass dieser Beschluss auf Initiative des Landrates Arnold gefasst worden sei. Ziel des Beschlusses sei es, den Eigenbetrieben nur das gesetzlich vorgeschriebene Mindesteigenkapital zu belassen, um die Defizite des Kreises durch die Gewinnabführung zu verringern.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

TOP 4

(Drucksachen-Nr. 2009-3405)

Sonderinvestitionsprogramme "Schul- und Hochschulbau" der Hessischen Landesregierung und Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Betriebsleiter des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft des Wetteraukreises, Frank Neubauer, teil und erläutert den zu Beginn der Sitzung verteilten SIP-Standardbericht.

Er teilt mit, dass die kompletten Mittel aus den Sonderinvestitionsprogrammen in Höhe von 58,4 Mio. € erlasskonform umgesetzt werden könnten. Er weist aber auch darauf hin, dass aufgrund des langen Winters und der daraus resultierenden Verzögerungen bei der Umsetzung der Bau-

vorhaben, von ca. 6 Wochen, mit erhöhten Kosten bei der Containermiete in Höhe von ca. 380.000 € zu rechnen sei.

Bei der Eichendorffschule sei zudem ein zusätzlicher Betrag in Höhe von ca. 70.000 € nötig. Er teilt weiter mit, dass die Einhaltung der 10%-igen Haushaltssperre im Bereich des EGW nur schwer umzusetzen sei, da es sich hier zum großen Teil um vertraglich gebundene Mittel handele.

Auf Nachfrage des Abg. Michael Rückl (B90/Die Grünen) weist Frank Neubauer noch auf einige „Sorgenbaustellen“ hin, bei denen nicht absehbare statische Schwierigkeiten einen erhöhten Investitionsbedarf erforderlich machen. So z. B. bei der Grundschule in Bruchenbrücken und bei den Sporthallen in Ilbenstadt und Butzbach. Dennoch habe er, angesichts der Tatsache, dass durch SIP 240% mehr Investitionsvolumen umgesetzt worden sei, als in einem normalen Jahr, mit größeren Problemen gerechnet.

Auf Nachfrage des Abg. Klaus Fischer (Die Linke) warum bei der Philipp-Dieffenbach-Schule in Friedberg nicht das komplette Gebäude von außen saniert worden sei, sondern lediglich das Schulgebäude, teilt Frank Neubauer, mit, dass es sich bei den vom Kreis genutzten Gebäudeteilen, die nicht saniert worden sind, um Maßnahmen handele, die derzeit nicht oberste Priorität hätten.

Auf Nachfrage des Abg. Michael Rückl (B90/Die Grünen) bezüglich der Rückführung des für SIP abgeordneten Personals, teilt der Betriebsleiter Frank Neubauer mit, dass die Rückführung der 6,5 Vollzeitstellen bereits begonnen habe.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2010-3362)

Neufassung der Satzung der Sparkasse Oberhessen

Zu diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Oberhessen Herr Günter Sedlak und Herr Rüb von der Rechtsabteilung der Sparkasse Oberhessen an der Sitzung teil.

Herr Sedlak informiert den Ausschuss über die wesentlichen Änderungen im Vergleich zur letzten Satzung. Er weist auf Veränderungen in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates (VR) der Sparkasse hin und erläutert diese. Außerdem teilt er mit, dass seitens des Kreisausschusses nach dem Haftungsumfang des Wetteraukreises gefragt worden sei. Hierzu werde derzeit eine Aufstellung erarbeitet, die dem Wetteraukreis vorgelegt wird.

Genau erläutert wird die Möglichkeit der Bildung von Trägerkapital, die durch die Neufassung der Sparkassensatzung eröffnet wird. Die Kreise könnten Trägerkapitalanteile erwerben, um diese weiter zu veräußern. Dies ist allerdings nur vor der geplanten Übertragung von Teilen der Sparkasse, an eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft wie bspw. die HeLaBa möglich. Voraussetzung hierfür ist unter anderem eine gemeinsame Entscheidung des Vogelsberg- und des Wetteraukreises. Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Oberhessen, Günter Sedlak, bittet allerdings auch im Namen die Kreise dies vorhaben müssen mehrere Schritte gegangen werden, dann auch noch Satzungsänderung möglich.

Der Abgeordnete Peter Heidt (FDP) erkundigt sich insbesondere nach der Verantwortung, die der Verwaltungsrat zukünftig haben wird und fragt nach einer Ausweitung der Haftung für die Verwaltungsratsmitglieder. Hierzu wird seitens der Sparkasse mitgeteilt, dass der VR nur für vorsätzliches Handeln haftet.

Herr Sedlak teilt weiter mit, dass seitens der Sparkasse Schulungen auf freiwilliger Basis für die Verwaltungsratsmitglieder angeboten würden, um deren Kenntnisse im Finanzsektor zu vertiefen und zu erweitern.

Seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen wird darauf hingewiesen, dass Vieles, das bisher in der Satzung der Sparkasse geregelt war wie z.B. Wertpapiergeschäfte, nun nicht mehr geregelt ist. In dem vorliegenden Vorschlag sei unter diesen Punkten nun lediglich der Hinweis auf eine Geschäftsanweisung für den VR zu finden. Diese liege allerdings nicht zur Beratung vor.

Herr Sedlak teilt hierzu mit, dass einerseits diese Mustergeschäftsanweisung ihm derzeit ebenfalls noch nicht vorliege. Er teilt zudem mit, man könne derzeit nicht davon ausgehen, dass diese Geschäftsanweisung, angesichts der Wirtschaftskrise, liberaler ausfallen würde, als die bisherigen Regelungen in der Satzung. Weiterhin verweist er auf die gängige Praxis des Umgangs mit Ausnahmeregelungen. Wenn bislang die namentliche Erwähnung eines Finanzproduktes nicht explizit in der Sparkassensatzung festgehalten war, konnte die betreffende Sparkasse eine Ausnahmegenehmigung zum An-, Verkauf oder Handel dieses Finanzproduktes beim RP beantragen, die i. d. R. genehmigt wurden. Diese Anträge und die Ausnahmegenehmigungen durch den RP waren inzwischen ein gängiges Verfahren und teilweise unüberschaubar geworden. Insofern ist die neue Variante, diese Finanzprodukte in der vom Verwaltungsrat zustimmungspflichtigen speziellen Geschäftsanweisung festzuhalten, laut Herrn Sedlak ein besseres und transparenteres Verfahren. Damit würde nach Herrn Sedlak auch den Anforderungen des Hessischen Sparkassengesetzes genüge getan.

Seitens der Fraktion B90/Die Grünen wird die Kürze der Beratungszeit moniert.

Hierzu teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass der Kreisausschuss um dieses Verfahren gebeten habe. Eine Beschlussfassung dieser Satzung sei zwar fristgerecht auch noch am 30.06. möglich, allerdings weist er auch auf die vom Vorstandvorsitzenden der SpaKa Oberhessen vorgetragene Brisanz hin, dass die Sparkasse Oberhessen als einzige hessische Sparkasse bereits bei der letzten gewünschten Änderung der Satzung aufgrund des Sparkassengesetzes die zeitlichen Vorgaben des Sparkassenverbandes und des Gesetzgebers nicht in eine rechtsgültige Satzung umsetzen konnte, was, laut Herrn Sedlak, in der jüngsten Vergangenheit das ein oder andere Mal vom RP moniert wurde.

Der Erste Kreisbeigeordnete Oswin Veith ergänzt, dass aus seiner Sicht eine Beschlussfassung unproblematisch sein sollte, da die Änderungen in der Satzung zum überwiegenden Teil den gesetzlichen Veränderungen und den Vorgaben der Bafin sowie weiteren äußeren Umständen geschuldet seien. Eine Information zu diesem geänderten Beratungsverfahren sei in der Ältestenratssitzung erfolgt und hier sei man mit dem Vorgehen einverstanden gewesen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion weist Herr Sedlak darauf hin, dass für das laufende Jahr keine Zweigstellenschließungen vorgesehen sind. Dennoch gibt er zu bedenken, dass ein weiter steigender Anteil der Bevölkerung derzeit bereits über einen Internetzugang verfügt. Aus dieser Sicht erscheint eine Verringerung der Zweigstellen perspektivisch möglich. Zudem weist er auf die geringe Eigenkapitalquote der Sparkasse hin, die auch dazu beiträgt, dass die Kosten so gering wie möglich gehalten werden müssen.

Fragen hierzu werden ausführlich und umfassend beantwortet.

Im Anschluss an die intensiven Beratungen, an denen sich die Abgeordneten Klaus Fischer (Die Linke), Peter Heidt (FDP), Stefan Lux (SPD), Michael Rückl (B90/Die Grünen) und der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner beteiligen fasst dieser kurz den Beratungsverlauf zusammen.

Hiernach stellt der Abg. Michael Rückl für die Fraktion B90/Die Grünen folgenden Antrag und begründet ihn:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

1. „Die Neufassung der Satzung der Sparkasse Oberhessen soll von der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 26.05.2010 genommen werden.
2. Inzwischen soll die Muster Geschäftsweisung für den Verwaltungsrat dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24.06.2010 zur Kenntnis vorgelegt werden.
3. Die Beschlussfassung zur Neufassung der Satzung der Sparkasse Oberhessen soll auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 30.06.2010 genommen.“

Der Abgeordnete Armin Häuser (CDU) spricht sich gegen diesen Antrag der Fraktion B90/Die Grünen und für eine Beschlussfassung in der Kreistagssitzung am 26.05.2010 aus.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Anschließend ruft der Ausschussvorsitzende zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag auf.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Antrag der Fraktion B90/Die Grünen **mehrheitlich** bei 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 20.05.2010 wird abgelehnt.“

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende über die Neufassung der Satzung der Sparkasse Oberhessen in der vorgelegten Form abstimmen.

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag **einstimmig** mit 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgende Beschlussfassung:

„Der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung der Sparkasse Oberhessen in der Fassung des dieser Beschlussvorlage beigefügten Entwurfs (Anlage3).“

Die Satzung der Sparkasse Oberhessen (Anlage 3) ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Nach der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt der Abgeordnete Peter Heidt (FDP) folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

1. „Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, werden die noch auf der Tagesordnung befindlichen Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit behandelt.
2. Als Sitzungsende wird 18.00 Uhr vereinbart.“

Der Ausschussvorsitzende teilt hierzu mit, dass die folgenden Tagesordnungspunkte bezüglich ihrer Wichtigkeit bereits in der richtigen Reihenfolge vorliegen. Er schlägt vor, die Tagesordnung in der vorliegenden Form zu belassen und als Sitzungsende, wie beantragt, 18.00 Uhr festzulegen.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

TOP 6

(Drucksachen-Nr. 2010-3376)

Beitrittsbeschluss des Kreistages zur Anerkennung der Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Haushaltssatzung 2010/2011 des Wetteraukreises
Beschlussempfehlung des Kreis Ausschusses vom 18.05.2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert der Kreisbeigeordnete Ottmar Lich die Vorlage, die vorliegende Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidenten und das Verfahren, das durch eine Ablehnung des Beitrittsbeschlusses in Gang gesetzt werden würde. Er informiert darüber, dass

der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 18.05.2010 beschlossen hat, dem Kreistag die Ablehnung dieses Beitrittsbeschlusses zu empfehlen. Auf Nachfrage teilt er weiter mit, dass eine eventuelle Klage aufschiebende Wirkung haben würde und der Haushalt somit weiterhin nicht genehmigt wäre.

Ergänzend hierzu teilt der Erste Kreisbeigeordnete Oswin Veith, zu den Beratungen im Kreisausschuss zu diesem Top mit, dass dort auch die Aussichten, für den Erfolg einer Klage, beraten worden seien. Man sei allerdings zu dem Ergebnis gekommen, dass die Aussichten für den Erfolg einer solchen Klage sehr gering seien. Aufgrund der bereits vorliegenden Androhung der Ersatzvornahme in der Genehmigungsverfügung des RP habe sich der Kreisausschuss dazu entschieden, dem Kreistag die Ablehnung zu empfehlen.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Stefan Lux (SPD) und Michael Rückl (B90/Die Grünen) sowie der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner, der Erste Kreisbeigeordnete Oswin Veith und der Kreisbeigeordnete Ottmar Lich.

Fragen werden beantwortet.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss bei 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Dem Kreistag wird empfohlen, die Fassung des Beitrittsbeschlusses zur Genehmigungsverfügung des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Haushaltssatzung 2010/2011 des Wetteraukreises abzulehnen.“

TOP 7

(Drucksachen-Nr. 2010-3326)

Energetische Optimierung der neuen Sporthalle in Rodheim

Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 31.01.2010, eingegangen am 02.02.2010

Zunächst teilt der Betriebsleiter des EGW, Frank Neubauer, mit, dass seitens des Eigenbetriebes eine Errichtung der Sporthalle als Passivhaus empfohlen werde. Die finanziellen Mittel, die für die Sanierung der Sporthalle in Nieder Weisel im Haushalt eingeplant wurden, könnten für dieses Vorhaben umgeschichtet und verwendet werden, da mit einem Baubeginn in Nieder Weisel in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen sei.

Er verteilt hierzu ein Schreiben der Stadt Rosbach v. d. H. an den Kreisausschuss des Wetteraukreises und an den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Marc Dieruff (CDU), Alexander Kartmann (CDU), Armin Häuser (CDU), Stefan Lux (SPD), Michael Rückl (B90/Die Grünen) und Almut Wilser (CDU).

Der Abgeordnete Alexander Kartmann (CDU) teilt mit, dass seines Wissens mit dem Baubeginn in Nieder Weisel bereits in diesem Jahr gerechnet werden könne.

Die Abgeordnete Almut Wilser (CDU) verweist auf einen Kreistagsbeschluss, demnach man zunächst nur eine Sporthalle in Passivbauweise habe errichten wollen.

Hierbei wird sie vom Abgeordneten Stefan Lux (SPD) unterstützt, der zudem darauf hinweist, dass es einen bestehenden Vertrag aus dem Jahre 2007 zu diesem Bauvorhaben gebe.

Fraktionsübergreifend wird die Kürze der Beratungszeit kritisiert.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Michael Rückl (B90/Die Grünen) soll dieser Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verlagert werden.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Marc Dieruff (CDU) wird zudem um Vorlage der Erkenntnisse aus dem Sporthallenneubau in Passivbauweise in Reichelsheim gebeten, um diese in die Beratungen mit einfließen lassen zu können.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden wird zudem vereinbart, den Kreistagsvorsitzenden Bernfried Wieland darum zu bitten, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung der Kreistagssitzung am 26.05.2010 zu nehmen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Da das für diese Sitzung vereinbarte Zeitlimit erreicht ist, werden nicht nur die Beratungen zu diesem sondern auch allen weiteren noch auf der Tagesordnung befindlichen Top´s einvernehmlich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

Im Einzelnen handelt es sich hierbei um folgende weitere Tagesordnungspunkte:

TOP 8 (Drucksachen-Nr. 2010-3328)
Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Ausschreibungen des Wetteraukreises

TOP 9 (Drucksachen-Nr. 2010-3336)
Kantine

TOP 10
Einhaltung der Stellenbesetzungssperren - Einsparungen 2009

TOP 11 (Drucksachen-Nr. 2010-3344)
Wiederbesetzung einer Sachbearbeiter/innen-Stelle der Entgeltgruppe 9 TVöD im Fachbereich 3 Jugend und Soziales, Fachstelle 3.2.2 Jugendhilfe Ost, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

TOP 12 (Drucksachen-Nr. 2010-3345)
Wiederbesetzung einer Sachbearbeiter/innen-Stelle der Besoldungsgruppe A 10 BBesO im Fachbereich 3 Jugend, Familie und Soziales, Fachstelle 3.2.3 Jugendhilfe West, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

TOP 13 (Drucksachen-Nr. 2010-3353)
Verkürzung der Stellenbesetzungssperre für eine Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 4 TVöD im FB 3, FSt 3.3.1 Jugendarbeit, Jugendgästehaus Hubertus

TOP 14 (Drucksachen-Nr. 2010-3367)
Verkürzung der Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle im Geschäftszimmer im Job-center Friedberg, JobKOMM GmbH

TOP 15 (Drucksachen-Nr. 2010-3368)
Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle der Entgeltgruppe 14 TVöD im Fachdienst Gesundheit und Gefahrenabwehr

TOP 16 (Drucksachen-Nr. 2010-3382)
Wiederbesetzung einer Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 13 TVöD im Fachdienst Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Mit Dank an die Anwesenden schließt Ausschussvorsitzender Konrad Dörner um 17:59 Uhr die Sitzung.

Aufgestellt

Gez. Julia Pilz
Schriftführerin

Gez. Konrad Dörner
Ausschussvorsitzender